

# Kritik an Haft-Reform

**JUSTIZ** Die Pläne zur Verwahrung *NSA* gefährlicher Täter sorgen für Unmut

VON CHRISTIAN RATH 24.7.11

**Berlin.** Die Reform der Sicherungsverwahrung gerät unter politischen Druck. Mehrere Unions-Politiker machten jetzt Front gegen die Pläne von Justizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger (FDP). Indirekt griffen sie damit auch das Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom Mai an, das die Ministerin umsetzen muss.

Karlsruhe hatte die Bestimmungen zur Sicherungsverwahrung als lesam für verfassungswidrig erklärt und eine Neuregelung bis Mai 2013 eingefordert. Dabei soll deutlich werden, dass die Verwahrung, die sich an die Strafhaft anschließt, keine Strafe mehr ist. Leutheusser-Schnarrenberger hat Anfang der Woche Eckpunkte für die Reform vorgelegt.

„Die Justizministerin setzt die Sicherheit von Frauen und Kindern aufs Spiel“, behauptete der Hamburger Innensenator Michael Neumann (SPD). Er kritisierte damit die Möglichkeit zu Ausgängen und anderen Vollzugslockerungen, die der Vorbereitung auf eine Entlassung aus der Sicherungsverwahrung dienen.

Niedersachsens Justizminister Bernd Busemann (CDU) warnte davor, dass Verwahrte freikommen sollen, wenn ihnen keine ausreichende Therapie angeboten wird: „Es darf nicht sein, dass ein gefährlicher Sexual- und Gewaltverbrecher nur deshalb in die Freiheit entlassen werden könnte, weil sein Anwalt das Therapieangebot nicht für ausreichend hält.“ Tatsächlich werden aber nicht Anwälte, sondern Gerichte entscheiden.

Viel Kritik erntete die Vorgabe des Verfassungsgerichts, dass Sicherungsverwahrte (nach Verbüßung der Strafe) gegenüber normalen Haftgefangenen bevorzugt werden müssen. „Wir brauchen kein Wohlfühlprogramm für Vergewaltiger und Kinderschänder“, sagte etwa Bayerns Innenminister Joachim Hermann (CSU).

Und Rainer Wendt von der Deutschen Polizeigewerkschaft war vor Gefangenerevolten: „Die schlimmsten Verbrecher kriegen im Knast die beste Behandlung. Das werden sich andere Häftlinge nicht gefallen lassen.“

## Scharfe Reaktion der Ministerin

Ministerin Leutheusser-Schnarrenberger reagierte scharf auf die Angriffe: „Es ist unverantwortlich, die Ängste der Bevölkerung zu schüren.“ Wenn es in Zukunft überhaupt noch Sicherungsverwahrung geben soll, müssten die Vorgaben des Verfassungsgerichts umgesetzt werden. Unterstützung bekam die Ministerin unter anderem vom rechtspolitischen Sprecher der FDP, Christian Ahrendt. Er nannte die Kritiker „Revolverrhetoriker“. Der Düsseldorfer Justizminister Thomas Kutschaty (SPD) hatte die Berliner Eckpunkte am Donnerstag als unvollständig kritisiert, es fehlten zum Beispiel Regeln, bei welchen Anlässen künftig noch Sicherungsverwahrung möglich sei.



Unzufrieden mit der Reform: Joachim Hermann (CSU) BILD: DAPD